

Stadtrat

Protokoll

SR-Nr: 3. Stadtratssitzung
Datum SR-Sitzung: 16. Mai 2022
Beginn: 19:00 Uhr
Schluss: 20:50 Uhr
Ort: Gemeindesaal (2. Stock), Kirchbühl 23, Burgdorf

Die Sitzung wurde unter Angabe der Traktanden durch Publikation im Amtsanzeiger für Burgdorf und Umgebung Nr. 18 und 19 vom 5. und 12. Mai 2022 bekannt gemacht.

Die Mitglieder des Stadtrates und Gemeinderates wurden zudem per Mail über die Aufschaltung der Traktandenliste und der übrigen Sitzungsunterlagen informiert und zur Sitzung eingeladen.

Teilnehmer:

Stadtratspräsidentin	Esther Liechti-Lanz
Stimmzähler	Franziska Maurer Roschi, Urs Wüthrich
Mitglieder des Stadtrates	Roger Aebi, Yves Aeschbacher, Annemarie Althaus, Gabriela Bannwart, Thomas Gerber, Jürg Kämpf, Fabian Käsermann, Barbara Lüthi, Adrian Merz, Andreas Stettler, Ulrich von Känel, Philipp Schärf, Sybille Zingg Righetti, Ian Thompson, Franziska Maurer Roschi, Manfred Schaffer, Peter Hauser, René Marti, Sabrina Rohrbach, Jürg Grimm, Damaris Hauser, Walter Bangerter, Carmen Baumeler, Urs Wüthrich, Debra Marti, Karin Karrer-Siegenthaler, Macarena Matutis Robin, Josef Timoteo Jenni, Christian Hedinger, Mirjam Bucher, Elias Maier, Hermann Dür, Jonas von Allmen, Claudia Fankhauser, Julia Blaser, Yves Greisler, Anette Vogt, Katharina Thurnheer
Entschuldigt	Mirjam Kalbermatten-Wüthrich
Stadtpräsident	Stefan Berger
Mitglieder des Gemeinderates	Theophil Bucher, Charlotte Gübeli, Francesco Rappa, Beatrice Kuster Müller, Christoph Grimm, Peter von Arb
Entschuldigt	-

Stadtschreiber	Stefan Ghioldi
Auskunftsperson	Andreas von Wartburg, Leiter Sozialdirektion
Protokoll	Brigitte Henzi

Traktanden:

- Genehmigung des Protokolls der Stadtratssitzung vom 28. März 2022	3
- Informationen der Stadtratspräsidentin	3
- Informationen aus dem Gemeinderat	4
- Auftrag GPK an das Stadtratsbüro für eine Teilrevision des Reglements über die Organisation und das Verfahren des Stadtrates (Stadtratsreglement, OrR SR) gemäss Art. 40 OrR SR (Inkraftsetzung ev. rückwirkend auf 1. Januar 2022?)	7
- Auftrag SP-Fraktion betreffend "Senkung Mindestalter Jugend-/Ausländerantrag"	9
- Dringliches Postulat SP Fraktion betreffend Verlängerung der Bewilligung für vergrösserte Aussenbewertungsfläche	11
- Dringliches überparteiliches Postulat der Grünen und SP betreffend einer Strategie für den raschen Ausstieg aus dem Erdgas als städtischem Energieträger	14
- Dringliche Interpellation SVP-EDU-Fraktion betreffend Humanitäre Hilfe Ukraine Konflikt	18
- Interpellation GLP-Fraktion betreffend «Burgdorfer Entsorgungsstrategie in Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft»	19
- Verschiedenes und Unvorhergesehenes	19

Appell

Der durch den Stimmenzähler Wüthrich Urs durchgeführte Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 39 Mitgliedern des Stadtrates (SR).

Der Rat ist beschlussfähig.

Traktandenliste

Es erfolgen keine Änderungsanträge.

SRB: 2022-546 | Registratur-Nr. 1.10.1000.10

Genehmigung des Protokolls der Stadtratssitzung vom 28. März 2022

Verhandlung

Es werden keine Bemerkungen gemacht.

Beschluss

Der Stadtrat genehmigt einstimmig das Protokoll der Stadtratssitzung vom 28. März 2022.

SRB: 2022-547 | Registratur-Nr. 1.10.1000.10

Informationen der Stadtratspräsidentin

Verhandlung

Stadtratspräsidentin Liechti-Lanz Esther begrüsst die Anwesenden zur dritten Sitzung im Jahr 2022.

Stadtratspräsidentin Liechti-Lanz Esther informiert über die besuchten Anlässe. Die Vorsitzende hat an der HV von "Burgdorf integriert", der Vernissage "Macherinnen-Frauengeschichten aus dem Emmental" im Museum Schloss Burgdorf, der Sportnacht Burgdorf, dem Anlass im TecLab Burgdorf zum Thema "Mobilität von Morgen", der Industrienacht Burgdorf, der 1. Maifeier der SP Burgdorf, dem Infoanlass zur BLS Werkstätte Oberburg, dem Jubiläumsanlass 25 Jahre Stiftung intact und der Eröffnung des Klangtheaters Burgdorf teilgenommen. Egal bei welchem Anlass sie teilgenommen hat, hat sie Menschen getroffen, die sich für eine Vision, eine Sache oder Menschen einsetzen. Das mit Leidenschaft, Fachkompetenz, Freude und Ausdauer. Das verdient Respekt und man ist dankbar, für das berufliche und freiwillige Engagement in Burgdorf. Stellvertretend für Alle erwähnt die Vorsitzende als Beispiel die Stiftung intact. Vor 25 Jahren ist intact mit der Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen made in Burgdorf gestartet. Neben der bewachten Velostation und dem Hauslieferdienst per Velo und Anhänger sind weitere Projekte entstanden mit nationaler und internationaler Ausstrahlung und Nachahmung. Die Vorsitzende dankt Gemeinderat Bucher Theophil, als einer von beiden Gründern und Pionieren, aber auch dem ganzen intact Team für das riesige Engagement. Letzte Woche wurde bekannt, dass die Stadt Burgdorf zur velofreundlichsten Kleinstadt der Schweiz gewählt wurde. Das zum vierten Mal in Folge. Es macht uns stolz, weil man weiss, wie stark sich Burgdorf in diesem Bereich seit Jahren engagiert. Wenn man inhaltlich schaut, ist die Bewertung und Anerkennung gleich

zu setzen mit der Schulnote 4.7. Das zeigt, dass man doch noch Luft nach oben hat. Im Namen des SR begrüsst die Vorsitzende von Wartburg Andreas, der seit dem 1. Mai 2022 neu Leiter der Sozialdirektion ist.

SRB: 2022-548 | Registratur-Nr. 1.10.1000.10

Informationen aus dem Gemeinderat

Verhandlung

Gemeinderätin Kuster Müller Beatrice informiert über die Budgetprozessklausur. Es geht dabei nicht um das Budget, sondern die Klausur. Nach einem unbefriedigendem Budgetprozess 2022 hat der Gemeinderat (GR) am 7. September 2021 die Finanzdirektion beauftragt, eine Budgetklausur vorzunehmen. Die Zielsetzung der Klausur hat der GR an der Sitzung vom 8. November 2021 beschlossen und zwar eine nachhaltige Verbesserung des Finanzhaushaltes. Der GR hat der Verwaltung den Auftrag erteilt, bei der nächsten Budgetierung Massnahmen zu erarbeiten, die eine markante Ergebnisverbesserung nach sich ziehen. Der GR hat am Anfang festgelegt, wie die Vorgaben sein sollen, um das Ziel zu erreichen. Es soll ein positives Ergebnis im Gesamthaushalt vor der Auflösung der Neubewertungsreserve erreicht werden. Das würde eine Verbesserung gegenüber dem Finanzplan von 2.3 Mio. Franken entsprechen. Die Art und Weise wie die Massnahmen umgesetzt werden sollen, sind mit und ohne Leistungs- und Wirkungsabbau umzusetzen. Das hat man bewusst so entschieden, damit die Direktionen mit einem Röntgenblick ihre Kosten anschauen. Die Finanzdirektion hat Unterlagen erarbeitet, mit denen die Direktionen arbeiten können. Anfangs Dezember hat zudem eine Schulung für alle Direktionsleiter, aber auch für alle, die mit den Finanzfragen in den einzelnen Direktionen beauftragt sind, stattgefunden. Insbesondere auch die NPM-Schulung, wie das ganze Finanzmeccano funktioniert, hat gezeigt, dass es wichtig ist, dass man immer wieder à jour ist. Die Finanzen sind in den Direktionen schliesslich nicht das Tages- oder Monatsgeschäft. Dafür ist die Finanzdirektion zuständig. Man ist aber darauf angewiesen, dass die Direktionen das Meccano kennen. Die Direktionen hatten bis im Februar 2022 Zeit ihre Massnahmen zusammenzustellen. Grundsätzlich ist Gemeinderätin Kuster Müller Beatrice sehr überrascht, was für gute Vorschläge gemacht wurden. Die Vorschläge sind breit und gehen zum Teil auch ans Lebendige bei den einzelnen Direktionen. Es wurden Massnahmen aufgezeigt, die umgesetzt werden können. Der GR hat bei einer Strategieklausur die einzelnen Punkte angeschaut und diskutiert. Das war eine grosse Herausforderung, weil Franken und Rappen sparen, einen entsprechenden Rattenschwanz auslösen kann. Es war eine hoch komplexe Arbeit und hat mehrere Stunden in Anspruch genommen. Die Arbeit hat zudem auch zu einem Rückkommen geführt, weil man an einem Ort zu wenig genau hingeschaut hat. Jetzt kann man aber sagen, dass man das Ziel erreicht hat. Im Moment werden die neuen Zahlen in das Budget eingebaut. Aus diesem Grund können an dieser Stelle keine Massnahmen detailliert genannt werden. An der Informationsveranstaltung zum Budget vom 31. Oktober 2022 wird der SR detailliert informiert, wo überall Zahlen verändert wurden. Diese sind einerseits auf Ertragsseite, wie aber auch auf der Sparseite. Das Budget 2023 wird gemäss Terminplanung am 7. November 2022 im SR behandelt. Es ist aber wichtig zu wissen, dass bei diesen Zahlen die Kosten des ausgerufenen Klimanotstands noch nicht berücksichtigt sind. Das kann erhebliche Kosten zur Finanzierung generieren. Man geht jedoch davon aus, dass dies dem SR klar war. Klima gibt es nicht gratis. Ebenfalls sind die Kosten für B.move, der Verwaltungsraumplanung, unklar. Die Finanzdirektion arbeitet dabei eng mit der Baudirektion zusammen, um die Finanzierung anzuschauen, insbesondere auch, wo man Finanzierungsmöglichkeiten hat. Gemeinderätin Kuster Müller Beatrice dankt an dieser Stelle den Mitarbeitenden der Stadtverwaltung, die hier mitgearbeitet haben. Man sagt manchmal, dass sie auf dem Geld sitzen, aber in

diesem Fall hat man es nicht gemerkt. Sie haben die Kosten mit einem Röntgenblick angeschaut. Es war eine wunderbare Zusammenarbeit. Nicht zuletzt hat auch der GR konstruktiv gearbeitet. Jedes Mitglied des GR hätte gerne die Hand über seine Direktion gehalten, weil man sieht, was alles an Leistungen erbracht werden muss. Leistung kostet Geld. Das Ziel ist erreicht.

Stadtpräsident Berger Stefan teilt mit, dass er im SR bereits einmal über die Revision des Baureglements informiert und mitgeteilt hat, dass es nochmals im SR behandelt werden muss. Die Submissionen hat die Verwaltung zusammen mit einem externen Juristen abgeklärt und gemeinsam mit dem AGR bereinigt. Das konnte im geringfügigen Verfahren bereinigt werden. Die Auflage läuft im Moment bis am 7. Juni 2022. Das Geschäft wird nicht mehr im SR behandelt. Wenn es keine Einsprachen zu den Änderungen geben wird, kann es der GR am 20. Juni 2022 behandeln und dem AGR zustellen. Wie lange es dauern wird bis die definitive Genehmigung vorliegt, kann nicht gesagt werden, weil es nicht in unseren Händen liegt.

Gemeinderat Bucher Theophil informiert über den Prix Velo. Die Stadt Burgdorf hat zum vierten Mal in Folge beim fünften Rating den Preis gewonnen. Beim ersten Mal war Burgdorf zusammen mit Winterthur auf dem Podest. Seither war immer Burgdorf oben auf. Das gibt auch Erklärungsbedarf, weil sich Burgdorf bereits vor vier oder acht Jahren gefragt hat, ob man etwas richtig macht und was der Grund dafür ist. Man hat viele Erklärungen eingefordert bei den Medien. Verschiedene Medien sind vorbeigekommen. Holzer Rudolf, Leiter Baudirektion, hat zusammen mit der Projektleiterin Krebs Sabrina am letzten Freitag den Preis entgegennehmen dürfen. Gemeinderat Bucher Theophil konnte aufgrund der Jubiläumsfeier der Stiftung intact leider nicht teilnehmen. Die beiden wurden auch gefragt, wie sie den Preis interpretieren. Die Stadtratspräsidentin Liechti-Lanz Esther hat gesagt, es sei die Note 4.7. Der Prix Velo ist eine Benotung der Bürgerinnen und Bürger. Jede Kommune muss gemessen an ihrer Einwohnerzahl eine Mindestzahl an Rückmeldungen erreichen. Wenn nur einzelne Rückmeldungen eintreffen, wird die Gemeinde nicht berücksichtigt. Die Stadt Burgdorf war immer stark bei der Anzahl von Rückmeldungen, so dass man im Rating aufgenommen wurde. Es handelt sich um eine subjektive Rückmeldung der Einwohner von Burgdorf. Es ist kein objektiver Massstab durch eine Expertenkommission, welcher flächendeckend in der Schweiz angewendet wird. Es ist nicht das Ziel von Burgdorf, immer wieder den ersten Platz zu erreichen. Wenn es nicht so wäre, wüsste man besser, was man noch verbessern könnte. Mit der Note 4.7 ist man zwei Zehntelprozent besser als der zweite Platz. Vor 20 Jahren war niemand über 3.9, auch Burgdorf nicht. Das zeigt, dass viele Velofahrende mit ihrer Stadt nicht besonders zufrieden sind. Das Ziel ist nicht möglichst gut beim Rating zu sein, sondern dass man für den Fuss- und Veloverkehr gute Lösungen hat und eine sichere Stadt ist. Das ist auch das Ziel unserer Politik. Es geht immer um den Fuss- und Veloverkehr. Das ist die günstigste Mobilität und in einer Stadt wohl die schnellste Form mobil zu sein. Es ist zudem effizient, platzsparend und gesund. Die Stadt Burgdorf ist mit der Geschichte der Fussgänger- und Velomodellstadt natürlich prädestiniert eine Vorreiterrolle zu haben und auch wahrgenommen zu werden. Offenbar nehmen die Bürger dies auch so wahr. Wo hat man in den letzten vier Jahren etwas gemacht? Man hat das letzte Quartier verkehrsberuhigt. Es sind nun alle Quartiere verkehrsberuhigt. Vielerorts sind 20er oder 30er Zonen. Es hat erstaunlich viele solcher Zonen, bei der die subjektive Wahrnehmung anders ist als wenn man im schnellen Verkehr unterwegs ist. Man hat verschiedene Einbahnstrassen für den Veloverkehr aufgehoben, wo es sinnvoll und machbar war. Es wurden etliche Veloabstellplätze geschaffen. Während der Coronazeit hat man diese Projekte, die es schon lange gibt, wie der Hauslieferdienst und Foodtruck, in der Bevölkerung vermehrt wahrgenommen und dass solche Dienstleistungen auch Sinn machen. Es ist auch eine gewisse Mobilitätskultur spürbar. Aus Tradition nimmt man als Fussgänger- und Velomodellstadt mehr Rücksicht, auch wenn es manchmal nicht ohne Konflikte und Gehässigkeiten geht. Man ist auch aufgefordert, für die Co-

Existenz mehr zu machen. Dabei werden zwei Stossrichtungen in den nächsten Monaten weiterverfolgt. Man hat mit RegioMove einen Prozess gestartet, um die Mobilitätsstrategie zu erarbeiten. Eine zweite Velostation ist zudem auf der Traktandenliste weit oben, weil das Schlössli-Areal überbaut wird. Zudem hofft man, irgendwann einmal den Bushof realisieren zu können, der schon lange auf der Traktandenliste steht. Man bleibt nicht stehen in Bezug auf die Förderung des Langsamverkehrs. Ob es in Zukunft reicht, um im Ranking immer noch weit vorne zu sein, wird man sehen.

Gemeinderat Grimm Christoph informiert über die Ukraineklassen. Am 28. März 2022 wurde der SR informiert, dass man mit den Willkommensklassen starten wird. Damals hat es geheissen, warum kann man nicht schneller starten. Am 25. April 2022 sind die Willkommensklassen gestartet. Stand 9. Mai 2022 sind die Klassen Nummer neun und zehn in Betrieb genommen worden. Ebenfalls am 9. Mai 2022 hat man bei der Fachhochschule an der Pestalozzistrasse 28 nochmals zwei Zimmer zur Verfügung gestellt bekommen. Das hat uns sehr gefreut. Jetzt können wir alle Schüler entsprechend schulen. Das heisst, vom Kindergarten bis zur zweiten Klasse hat es drei Klassen im kirchlichen Zentrum Neumatt, zwei Klassen im Kirchgemeindehaus an der Lyssachstrasse, zwei Klassen wie gesagt bei der Fachhochschule und drei Klassen im Lernpunkt an der Oberburgstrasse im Alpinengebäude. Der Schulstart ist aus unserer Sicht gelungen. Aktuell unterrichten 15 Lehrkräfte und Hilfskräfte aus der Ukraine und gestalten mit den ukrainischen Kindern den Unterricht. Beim Fokus Deutschunterricht werden sie von 16 Lehrpersonen und Hilfskräften aus der Schweiz unterstützt. Es ist ein riesiges Team unterwegs. Die Schulen werden parallel geführt und bewusst nicht verknüpft. Das Team der Willkommensklassen hat mit Unterstützung von vielen freiwilligen Helferinnen und Helfer in kurzer Zeit geschafft, den Unterricht auf die Beine zu stellen, dass es einigermaßen geht und die Strukturen stimmen. Das Team wird auch durch eine ukrainische Psychologin unterstützt. Das ist wichtig, weil sie eine Person aus der Ukraine ist und die Kinder und ihre Probleme versteht. Eine grosse Herausforderung ist die Tatsache, dass zehn neu zusammen gewürfelte Klassenteams an vier verschiedenen Standorten sind. Zum Glück konnte Schulleiter Bégré Heinz gefunden werden, der flexibel ist und die Strukturen kennt. Er hat die Willkommensklassen brillant organisiert. An dieser Stelle ein herzliches Dankeschön an Bégré Heinz. Es ist ein Kommen und Gehen. Es ist nicht ganz so einfach. Man muss eine grosse Flexibilität an den Tag legen. Der Uferweg ist eigentlich das Durchgangszentrum sowie die Notunterkunft im BZ Emme. Die Familien treffen ein und werden anders platziert. Die Kinder werden wieder von der Schule genommen und werden an einem anderen Ort weiter unterrichtet. Es ist deshalb eine grosse Herausforderung. Man hat zudem die Bewilligung der BKD erhalten, dass die 10 Klassen bis Ende Januar 2023 weitergeführt werden können. Das gibt eine Planungssicherheit. Das BZ Emme führt im Moment in der Altersklasse 15- bis 25-jährigen drei Klassen, die speziell berufsbezogen unterrichten. Im Sprachbereich ab 25 Jahren sind in der beruflichen Weiterbildung noch vier Klassen, die bereits anfangs April begonnen haben. Gemeinderat Grimm Christoph informiert zudem über die JuBU. Es ist ein Trauerspiel mit dem Jugendtreff. Der Bahnhoftreff wurde geschlossen, weil der Bahnhof Steinhof abgerissen wurde. Man hat keinen Treffpunkt mehr. Der Giele- und Moditreff musste man verschwinden lassen. Man hat eine Bewilligung bekommen, aber mit der Bewilligung ist man blockiert. Die Auflagen, die in dieser Bewilligung aufgeführt sind, gestatten es uns nicht, dass der Waldeggweg umgebaut und angepasst wird, dass der Giele- und Moditreff dort platziert werden kann. Es ist sehr schwierig. Die Bildungsdirektion und die JuBU suchen Raum, der für den Treff geeignet ist. Wenn jemand uns unterstützen kann und Raum zur Verfügung stellen kann, soll sich bei der Bildungsdirektion oder der JuBU melden. Die Jugendarbeit ist aufgrund der Raumnotsituation der Sozialdirektion umgezogen. Die Jugendarbeit ist vom Kirchbühl 15 an die Kronenhalde 3 umgezogen. An der Kronenhalde war früher die Bildungsdirektion untergebracht. Dabei handelt es sich nur um die Administration der Jugendarbeit. Es ist kein Jugendtreff an der Kronenhalde. Mit dem Kindergarten können gewisse Raumsynergien genutzt werden. Es ist eine positive Entwicklung. Wir brauchen trotzdem Raum für einen Jugendtreff.

Stadtratspräsidentin Liechti-Lanz Esther dankt an dieser Stelle Gemeinderat Grimm Christoph und seinem Team, welche das Ganze mit den ukrainischen Kindern und Jugendlichen stemmt. Burgdorf ist eine Schulstadt.

Gemeinderätin Gübeli Charlotte teilt mit, dass die Sozialdirektion ein freudiges Ereignis in Angriff nehmen konnte. Am 2. Mai 2022 hat von Wartburg Andreas als Leiter Sozialdirektion seine Arbeit aufgenommen. Nach sechs turbulenten Monaten mit der Interimsleitung, welche es super gemacht haben und die Probleme angegangen sind. Man schaut nun in die Zukunft und man hat das Gefühl, dass wieder mehr Ruhe einkehrt. Von Wartburg Andreas ist die richtige Person. Man hat noch nicht alle Probleme gelöst, aber man hat Elan und wird die Probleme angehen, so dass man bis Ende Jahr wieder in einer stabilen Situation ist. Von Wartburg Andreas stellt sich kurz selber vor. Bei Fragen steht er jederzeit zur Verfügung.

von Wartburg Andreas, Leiter Sozialdirektion, teilt mit, dass er seit rund 10 Jahren in Burgdorf Zuhause ist und im Choserfeld wohnt. Er war schon in vielen beruflichen Situationen im Sozialbereich tätig und Sozialdienste geleitet. Er hat immer in leitenden Funktionen in ambulanten oder stationären Angelegenheiten gearbeitet. Er hat die letzten 10 Jahre bei der KESB als Vizepräsident gearbeitet. Einerseits kennt er das Business sehr gut und trotzdem ist es immer wieder eine neue Herausforderung. Es ist sein Wunsch und auch Anliegen, zusammen mit den Mitarbeitenden die Sozialdirektion wieder in ruhigeres Gewässer zu führen. Man soll sich auch wieder auf den Kernauftrag konzentrieren um gute Arbeit zu leisten für die Klientschaft. Der erste Eindruck war wirklich sehr gut. Er hat engagierte und motivierte Mitarbeitenden getroffen, die signalisiert haben, dass man froh ist über die Klarheit in Bezug der Leitung, aber auch motiviert sind gemeinsam anzupacken. Es ist auch sein Anliegen gemeinsam die nächsten Schritte zu planen, umzusetzen und selbstverständlich mit der Sozialkommission und dem GR sowie dem SR in Burgdorf wieder einen Sozialdienst aufzubauen, welcher den Namen auch verdient. Die Sozialdirektion soll Leistungen erbringen, wo man erfreut sein kann.

Gemeinderätin Gübeli Charlotte dankt an dieser Stelle auch der Bildungsdirektion für die zusätzlichen Büroräumlichkeiten für die Sozialdirektion im Kirchbühl 15. An diesem Standort konnten fünf Arbeitsplätze eingerichtet werden, unter anderem das Büro des Leiters Sozialdirektion.

SRB: 2022-549 | Registratur-Nr. 1.10.1000.50

Auftrag GPK an das Stadtratsbüro für eine Teilrevision des Reglements über die Organisation und das Verfahren des Stadtrates (Stadtratsreglement, OrR SR) gemäss Art. 40 OrR SR (Inkraftsetzung ev. rückwirkend auf 1. Januar 2022?)

Verhandlung

Stadtratspräsidentin Liechti-Lanz Esther stellt die Eintretensfrage. Gemäss Stillschweigen ist das Eintreten unbestritten.

Stadtrat Gerber Thomas, namens der GPK, teilt mit, dass er keine Bemerkungen zum Inhalt macht, weil man davon ausgeht, dass der SR die Stadtratsvorlage gelesen und in den Fraktionen diskutiert hat. In der online Sitzungsverwaltung wurden keine Fragen oder Bemerkungen gemacht. Die einzige Bemerkung hat Stadtrat Gerber Thomas aufgrund der gemeinderätlichen Stellungnahme hinterlegt.

Zu diesem Punkt wird Stadtpräsident Berger Stefan noch etwas sagen. Selbstverständlich steht Stadtrat Gerber Thomas bei Fragen zur Verfügung.

Stadtpräsident Berger Stefan teilt mit, dass die Hoheit des Antrages beim Stadtratsbüro liegt, weil die GPK den Antrag an das Stadtratsbüro delegiert. Der GR unterstützt beide Anträge. Einerseits den Antrag, bei dem es um die Klärung der Aufgaben der GPK im Artikel 36 geht, andererseits aber auch um die Klärung der Kompetenzen der GPK im Artikel 37. Der GR unterstützt auch den Antrag in Artikel 17a Absatz 2 betreffend der Rückweisung. Dabei muss aber festgehalten werden, dass eine Rückweisung der GPK oder auch vom SR keinen Einfluss auf die Fristen hat. Die Fristen sind bekannt, 4 Monate für Vorstösse und 6 Monate für Aufträge. Wenn ein Geschäft rechtzeitig der GPK vorgelegt oder im SR traktandiert wird und das Organ dieses zurückweist, wird die Erfüllungsfrist als erfüllt angeschaut. Es kann nicht sein, dass der GR etwas vorbereitet und rechtzeitig einreicht, und durch eine Rückweisung die Fristen nicht als eingehalten gelten sollen. Die Fristen sind eingehalten gemäss Stadtratsreglement, wenn es dem SR oder der GPK vorgelegt wird. Wenn ein Geschäft zurückgewiesen wird, wird es nicht an der Auftragstellenden zurückgegeben, sondern an den GR, der die Antwort überarbeiten muss. Dies im Sinne der gemachten Rückweisung. Der GR ist bereit, den Antrag der GPK anzunehmen.

Stadtratspräsidentin Liechti-Lanz Esther teilt mit, dass seitens des Stadtratsbüro keine weiteren Bemerkungen gemacht werden.

Stadtrat Käsermann Fabian, namens der SP-Fraktion, dankt der GPK für die Überarbeitung der drei Artikeln und unterstützt diese Änderungen. Zu der formellen Überarbeitung bei den Artikeln 36 und 37 und die neue Struktur der Kompetenzen und Aufgaben der GPK hat die SP-Fraktion nichts zu bemängeln und unterstützt die Änderungen. Beim Artikel 17 gibt es eine materielle Änderung. Neu sind Rückweisungen für Aufträge und parlamentarische Vorstösse, Postulat und Motion, möglich. Hier hätte man auch eine formelle Überarbeitung machen können, um einen klar und gut verständlichen Text zu haben. Es soll absolut klar sein, dass die Rückweisung nicht an die Antragstellenden im SR oder Fraktionen geht, sondern an den GR, der nur eine Stellungnahme abgibt. In der Vorbereitung hat Stadtrat Käsermann Fabian jedoch gemerkt, dass keine Bedenken zu dieser Interpretation aufgeworfen wurde und es für alle klar ist, dass es um eine Rückweisung zur Überarbeitung der gemeinderätlichen Stellungnahme geht. Zum Schluss noch zum Materiellen beim Artikel 17. Der neue Artikel 17 bedeutet eine kleine Gefahr, dass Vorstösse verzögert werden können. Das könnte bei dringlich eingereichten Postulaten und Motionen von Bedeutung sein. Man hat dazu aber auch keine Bedenken gehört, deshalb wird auf eine Abänderung verzichtet.

Stadtrat Gerber Thomas, namens der GPK, teilt mit, dass der Artikel 17a Absatz 1 nicht geändert wird. In diesem Artikel steht unter anderem, dass die Vorlage an den GR zurückgewiesen wird. Der SR entscheidet über die Rückweisung eines Geschäftes.

Abstimmung

1. Die Änderung der Artikel 17a, 36 und 37 des Reglements über die Organisation und das Verfahren des Stadtrats (Stadtratsreglement, OrR SR) wird genehmigt.
2. Die Änderung tritt rückwirkend auf den 1. Januar 2022 in Kraft.

Beschluss

Der Stadtrat genehmigt einstimmig die Anträge.

SRB: 2022-550 | Registratur-Nr. 1.10.1000.74

Auftrag SP-Fraktion betreffend "Senkung Mindestalter Jugend-/Ausländerantrag"

Verhandlung

Stadtratspräsidentin Liechti-Lanz Esther stellt die Eintretensfrage. Gemäss Stillschweigen ist das Eintreten unbestritten.

Seitens der GPK werden keine Bemerkungen gemacht.

Stadtpräsident Berger Stefan dankt im Namen des GR der SP-Fraktion für den Auftrag. Der GR unterstützt den Auftrag zu 100 Prozent. Warum ist der Auftrag wichtig und wieso ist er richtig? Erstens geht es um politische Bildung und Auseinandersetzung, die früh starten muss. Untersuchungen betreffend Stimmrechtsalter haben ergeben, als es von 20 auf 18 Jahren heruntersetzt wurde, dass sehr viele Leute motiviert wurden zum Stimmen. Leider ist am letzten Wochenende in Zürich das Stimmrechtsalter 16 abgelehnt worden. Es wären nur rund 3 Prozent mehr Stimmberechtigte. Die frühe Bildung und Auseinandersetzung mit Politik sind wichtig. Es ist zudem in der Schulbildung eingebettet. Wenn in der Schule über politische Systeme diskutiert wird und man dann nicht die Möglichkeit hat, in den politischen Systemen tätig zu sein, dann wird es schwierig. Im Rat sind wir in einem mittleren Alter und man hat ganz andere Themen als die Jugendlichen. Jugendliche bringen andere Themen aufs Parkett und die politische Agenda. Es hat auch mit Wertschätzung, ernst genommen werden und vielleicht auch mit Partizipation. Ein Vergleich mit anderen Städten zeigt, dass man nicht alleine ist. Vielleicht kann man auch eine gewisse Vorbildfunktion übernehmen. Es stellt sich die Frage, ob es notwendig ist oder nicht. Notwendig wissen wir erst, wenn man das System hat und man sieht, ob es etwas bewirkt oder nicht. Der Jugendantrag wird im Moment spärlich eingesetzt. Vielleicht ist die spärliche Einsetzung aufgrund der längeren und zum Teil sehr langen Beantwortungsfrist. Man kann nicht aufgrund der Anzahl eingereichten Jugendanträge sagen, ob es das braucht oder nicht. Man ist der Meinung, dass es sich um ein Instrument handelt, mit dem man arbeiten kann und gerne umsetzen würde. Wie sieht die Umsetzung in der Praxis aus? Es braucht eine Anpassung der GO. Aus ökonomischen Gründen wird nicht nur eine Anpassung der GO betreffend dem Jugend- und Ausländerantrag gemacht, sondern man nimmt verschiedene Anpassungen zusammen. Der GR beantragt dem SR, den Auftrag zu überweisen.

Stadträtin Bannwart Gabriela, namens der SP-Fraktion, dankt Stadtpräsident Berger Stefan für sein Votum, welches das Anliegen wunderbar zusammenfasst wie auch die vorliegende Stellungnahme des GR. Aus diesem Grund braucht es keine weiteren Ergänzungen mehr. Als einzige Anmerkung verweist Stadträtin Bannwart Gabriele auf die Wahlbeteiligung von nur rund 40 Prozent bei der Abstimmung vom letzten Wochenende. Das ist schon sehr dürftig. Grundsätzlich ist man der Meinung, dass demokratische und politische Partizipation möglichst allen offen stehen soll. In diesem Sinn dankt die SP-Fraktion für die Bereitschaft zur Überweisung des Auftrages. Die SP-Fraktion ist damit einverstanden, dass die Anpassung der GO zusammen mit den anderen überwiesenen Vorstössen vorgenommen wird.

Stadträtin Hauser Damaris, namens der GLP-Fraktion, teilt mit, dass man den Auftrag unterstützt und begrüsst. Man diskutiert über das Stimmrechtsalter 16 und deshalb ist es wichtig, dass die Kinder früh die Möglichkeit erhalten partizipieren zu üben. Stadtpräsident Berger Stefan hat es bereits ange-tönt, dass es auch gut in die Schulbildung passt, weil im Lehrplan steht, dass die Schülerinnen und Schüler eigene Anliegen einbringen sowie politische Prozesse erkennen können. Das wird im zweiten

Zyklus, im Altern von 11 bis 12 Jahren, gelernt. Wenn die Kinder das dann auch gleich einbringen können, passt das gut. Häufig sind die Kinder in diesem Alter noch motivierter und engagierter. Im Alter von 16 bis 17 Jahren kann es uncool sein und chillt lieber. Chen Nicole, Jugendbeauftragte, hat gesagt, dass die Ideen der Kinder und Jugendlichen häufig gar nicht so realitätsfremd sind. Man muss also nicht Angst haben, dass der SR in Zukunft über irgendwelches abstruse Zeug diskutieren muss. Die Kinder und Jugendlichen haben häufig realistische Ideen, was sie sich für Burgdorf wünschen. Man muss auch bedenken, dass es für die Kinder auch viel Überwindung braucht, um sich mit dem SR und der Verwaltung in Verbindung zu setzen. Man wird nicht mit Jugendanträge überflutet, wenn man dem Auftrag zustimmt. Den Kindern soll die Möglichkeit gegeben werden, um zu partizipieren, wenn sie möchten.

Stadträtin Blaser Julia, namens der EVP-Fraktion, teilt mit, dass man den Auftrag unterstützt und freut sich, wenn sich Jugendliche und ausländische Personen in Burgdorf politisch einbringen. Der SR entscheidet über die Senkung vom Mindestalter von zukünftigen Antragstellende von 14 auf 12 Jahre. Die EVP-Fraktion erachtet die Anpassung der Alterslimite als gerechtfertigt und wird dem Auftrag zustimmen. Die Kinder von heute setzen sich schon in diesem Alter mit vielem auseinander und haben ihre Vorstellungen und Meinungen. Vor allem sollen sie ihre Anliegen und Bedürfnisse uns erwachsenen Politikerinnen und Politiker auf lokaler Ebene mitteilen und das möglichst früh. Wir wissen es, neben dem sehr rasch umgesetzten Jugendantrag betreffend legale Graffitiwände hängt der Jugendantrag bezüglich Rollsportanlage in der Schlaufe. Mit einem Augenzwinkern hofft die EVP-Fraktion diesbezüglich nicht, dass diejenigen Jugendlichen, welche den Antrag eingereicht haben, erst dann Rollschuhlaufen, wenn sie selber Kinder haben oder mit anderen Interessen beschäftigt sind.

Stadtrat Kämpf Jürg, namens der FDP-Fraktion, teilt mit, dass man keine Parole gefasst hat für diesen Auftrag. Es ist genau eine solche politische Forderung, die man aus Sympathien und selbstverständlich abklatschen würde. Bei der FDP-Fraktion hat sich in einer längeren Diskussion die Grundsatzfrage gestellt. Sowohl in der Begründung der SP-Fraktion wie auch in der Stellungnahme des GR finden sich in erster Linie allgemeine Floskeln, die ziemlich hilflos das Begehren wohlwollend beschreiben. Stadtpräsident Berger Stefan hat das eine und andere Argument vorgebracht und man hat auch in den Voten das eine oder andere weitere gehört als in den Unterlagen steht. Die SP-Fraktion bemüht sich sogar mit einem Artikel einer UNO Kinderrechtskonvention und mit entwicklungspsychologischen Hintergründen. Irgendwie versteht man, dass der GR nichts Kritisches einbringen kann. Der GR schreibt, dass man es als grosse Chance der Stadt Burgdorf sieht. Da fehlt aber die Argumentation. Es wird begrüsst, dass sich die Kinder und Jugendlichen im politischen Geschehen einbringen. Sind das aber wirklich Argumente? Natürlich dürfen die viel zitierten Vergleiche mit anderen Städten nicht fehlen. Es ist spannend, dass der Kanton Zürich aktuell das Stimmrechtsalter 16 abgelehnt hat. Heute wird aber nicht über das debattiert, sondern wir reden von 12-Jährigen. Wir wissen alle, dass es mit 12 Jahren eine heikle Angelegenheit ist von einer freien Meinungsbildung zu sprechen und einen eigenen politischen Willen zu entwickeln. Die Einflussnahme an den Schulen, durch Lehrer und Lehrerinnen, aber auch durch die Eltern ist eklatant. Das war zu unserer Zeit nicht anders, was auch nicht schlecht ist. Irgendwo müssen wir die Meinungsbildung mit 12 Jahren finden. Die Frage ist einfach, wie weit wir plötzlich auf politischer Ebene aktiv werden wollen. Deshalb hat die FDP-Fraktion konkrete Fragen an die SP-Fraktion. Was hat sie dazu bewogen, den Auftrag einzureichen? Die Frage ist, wie viele 12-Jährige haben bei der SP-Fraktion in Burgdorf tatsächlich ihre Bedürfnisse angemeldet, dass das Jugendantragsalter heruntersetzt wird? Welche Themen hat die SP-Fraktion für 12-Jährige vorgenommen, welche die Stadt Burgdorf bis jetzt vernachlässigt hat oder unberücksichtigt geblieben ist? Das ist für die FDP-Fraktion der Kernpunkt, was ist in Burgdorf konkret von Jugendlichen angetragen worden. Man wünscht sich klare Antworten für eine Meinungsbildung, damit man die

Notwendigkeit des Auftrages versteht. Man will nicht den Eindruck haben, dass es der SP-Fraktion um Eigeninteressen geht im Sinn von politischer Einflussnahme bis auf die Stufe von 7. Klässlern.

Stadträtin Bannwart Gabriela, namens der SP-Fraktion, nimmt Stellung zum Votum von Stadtrat Kämpf Jürg. Der Auftrag ist zustande gekommen, weil man mit Leuten gesprochen hat, die mit Jugendlichen diskutiert haben. Man hat nicht direkt mit den 12-Jährigen selber gesprochen. Diesen Personen ist es ihr Job, die Jugendlichen zu begleiten und zu betreuen. Mit diesen Personen hat man gesprochen. Es ist ein grosses Anliegen von diesen Personen. Die SP-Fraktion sieht es als Chance und nicht als Gefahr. Man hat weniger Angst, dass sich 12-Jährige, bei denen eher die Rebell Phase anfängt, durch Lehrpersonen und Eltern instrumentalisieren lassen. Schlussendlich entscheidet immer noch der SR wie mit einem Jugend- oder Ausländerantrag umgegangen wird. Sind die Fragen damit beantwortet?

Stadtrat Kämpf Jürg, namens der FDP-Fraktion, teilt mit, dass die Fragen nicht wirklich beantwortet sind. Das Wort Gefahr hat er in seinem Votum nicht erwähnt. Es geht nicht um eine Gefahr, sondern um einen Auftrag, bei dem man die absolute Notwendigkeit nicht sieht. Deshalb will man die Argumentation für diesen Auftrag hören. Das ist nach wie vor sehr schwammig. Man hat eine Antwort verlangt und die SP-Fraktion hat versucht diese zu geben. Daraus wird sich die FDP-Fraktion bei der Abstimmung entsprechend verhalten.

Stadträtin Bannwart Gabriela, namens der SP-Fraktion, teilt mit, dass man sich bewusst ist, dass es bei der Gemeindeordnung so oder so zu einer Volksabstimmung kommen wird, weil bereits entsprechende Vorstösse überwiesen wurden. Man sieht auch das als Chance. Man muss sowieso eine Volksabstimmung durchführen. Es ist eine Chance, aber eben auch eine Gefahr.

Abstimmung

1. Die Änderung der Artikel 17a, 36 und 37 des Reglements über die Organisation und das Verfahren des Stadtrats (Stadtratsreglement, OrR SR) wird genehmigt.
2. Die Änderung tritt rückwirkend auf den 1. Januar 2022 in Kraft.

Beschluss

Der Stadtrat genehmigt mit 26 Ja und 5 Nein Stimmen bei 8 Enthaltungen die Anträge.

SRB: 2022-551 | Registratur-Nr. 1.10.1000.72

Dringliches Postulat SP Fraktion betreffend Verlängerung der Bewilligung für vergrösserte Aussenbewertungsfläche

Verhandlung

Stadtratspräsidentin Liechti-Lanz Esther stellt die Eintretensfrage. Gemäss Stillschweigen ist das Eintreten unbestritten.

Gemeinderat von Arb Peter teilt mit, dass der GR das dringliche Postulat betreffend Verlängerung der Bewilligung für die vergrösserte Aussenbewertungsfläche geprüft und die entsprechenden Punkte in der Vorlage beschrieben hat. Im Zusammenhang mit den Covid-Massnahmen hat das Regierungstatthalteramt im März 2020 eine vorübergehende baubewilligungsfreie Vergrösserung der Aussenbewertungsfläche für Gastrobetriebe zugestimmt. Damit wurde aber auch klar festgelegt, dass die

Gesamtanzahl der Aussenplätze nicht überschritten werden darf. Aufgrund der Abstandsregeln hat man aber den Gastrobetrieben eine grössere Fläche zugestanden damit der Abstand eingehalten werden kann. Nachdem der Bundesrat im Februar 2022 sämtliche Covid-Massnahmen bezüglich der Gastrobetriebe aufgehoben hat, hat auch das Regierungsstatthalteramt den Auftrag erteilt, dass die Gastrobetriebe die Aussenbewirtschaftungsflächen wieder wie vor der Pandemie auf den Umfang der gültigen Betriebsbewilligung reduzieren müssen. Den Auftrag hat die Einwohner- und Sicherheitsdirektion erhalten. Anfangs März 2022 wurde dies allen Betrieben entsprechend kommuniziert. Die Sachlage ist bei rechtskonformer Handhabung für alle betroffenen Parteien klar. Durch die Aufhebung der teils massiven Einschränkungen im Gastgewerbe mussten die Gastrobetriebe die Anzahl Sitzplätze wieder auf die bewilligte Fläche zurückführen. Eine gastgewerbliche Aussenbewirtschaftungsfläche ist eine baubewilligungspflichtige Anlage oder Einrichtung. Somit erfordert eine Erweiterung der gastgewerblichen Aussenbewirtschaftungsfläche eine Baubewilligung, sowohl für eine Ausdehnung der Anzahl Sitzplätze wie auch für die Erweiterung der Sitzplätze. Jedoch erfordert eine öffentliche Möblierung ohne Konsumzwang in den meisten Fällen keine Bewilligung. Die öffentliche Möblierung steht allen offen und darf nicht durch ein Restaurant belegt und bewirtet werden. Bezüglich der Nutzung von Flächen auf öffentlichem Grund gelten die Vorgaben der baurechtlichen Grundordnung der Stadt Burgdorf. Die gastgewerbliche Bewilligung erteilt das Regierungsstatthalteramt des Kantons Bern, gestützt auf die jeweilige Baubewilligung. Die Gemeinden können die kantonale abschliessend geregelte Baubewilligungsfreiheit nicht weiter ausdehnen. Wie jedes Jahr werden auch diesen Frühling wiederum die Bewilligungen für den gesteigerten Gemeindegebrauch zur Aussenbewirtschaftung auf öffentlichem Grund verschickt. Diese gilt von Mai bis September. Das betrifft unter anderem das Sommerregime in der Schmiedengasse, das bereits aktiv ist. Mittlerweile ist die Bewilligung zum Baugesuch für die unbefristete Lösung und die Bewilligung zum Wirten auf der Brüder-Schnell-Terrasse eingetroffen. In der Vorlage wurde erwähnt, dass diese noch hängig ist. Bei schönem Wetter wird die Möglichkeit von den Gästen bereits rege genutzt. Zusätzlich prüft der GR weitere Projekte in Bezug auf öffentliche Möblierung von öffentlichen Plätzen. Man spricht bei diesem Projekt von zwei Phasen. In der ersten Phase wird im Sommer 2022 die Möblierung des Hofstattplatzes mit Stühlen und Tischen, wie man es auch in anderen Städten antrifft, entsprechend realisiert. Die Stühle und Tische werden mit gelber Farbe bestrichen. Als öffentliche und mobile Stadtmöblierung können die Stühle und Tische von allen benutzt werden. Die Sitzplätze dürfen nicht aktiv bewirtet werden. Take away ist jedoch möglich. So plant man für die Hofstatt, dass zirka 20 Stühle und 4 Tische aufgestellt werden. Die Lieferung der Stühle und Tische verzögert sich wegen dem Ukrainekrieg und der Pandemie. Die Lieferung sollte anfangs August möglich sein. Die Baudirektion ist für die Möblierung der Hofstatt zuständig. Weiter erfolgt auch eine Begrünung des Platzes. In der zweiten Phase, ab 2023, möchte man wie bei der Gebrüder-Schnell-Terrasse auf weiteren öffentlichen Plätzen ein Baugesuch einreichen sowie eine Gastrobewilligung entsprechend beantragen. Die Prüfung und Planung dazu laufen. Damit kann die Möglichkeit geschaffen werden, dass die Standorte für Gastrobetriebe oder auch Pop-Ups befristet zur Verfügung gestellt werden können. Damit kann eine Belebung der schönen Plätze in Burgdorf ermöglicht werden. Der GR beantragt die Annahme und gleichzeitige Abschreibung des Postulates.

Stadtrat Schaffer Manfred, namens der SP-Fraktion, dankt dem GR für die geleistete Vorarbeit und den eingeschlagenen Weg, den man sehr gut findet. Der SP Burgdorf ist es ein grosses Anliegen, dass die von der Corona Pandemie sehr gebeutelten Gastrobetriebe etwas Luft bekommen, damit sie wieder in ruhige Gewässer kommen und sich weiter entwickeln können. Der Ansatz, den der GR in der Oberstadt skizziert hat, findet die SP-Fraktion sehr gut. Die Sitzgelegenheiten sollen entsprechend ausgebaut und im gewählten Rahmen genutzt werden. Die SP-Fraktion wünscht sich aber, dass die Corona Bestuhlung, die man jetzt hat, zum Standard wird in der Oberstadt. Dies auch im Hinblick da-

rauf, dass auf kantonaler Ebene gewisse Bestrebungen im Gang sind. Die Einhaltung der Corona Regelung für die Aussengastronomie würde der Gastroszene in Burgdorf sehr gut tun und neue Impulse verleihen sowie die Diversität in der Gastroszene sicher fördern.

Stadträtin Blaser Julia, namens der EVP-Fraktion, teilt mit, dass die Antwort des GR zum vorliegenden Geschäft beeindruckend aufzeigt, welche komplexe Vorgehen seitens Kanton und Gemeinde die Gastrobetriebe bezüglich Aussenbewertungsfläche einhalten müssen. Die Corona Zeit hat eine gewisse unbürokratische Lockerheit gebracht. Profitiert haben davon auch die Gäste, welche plötzlich ihr Kaffee an einem Ort trinken konnten, an dem es vorher nicht möglich war. Als praktisches Beispiel wird für Burgdorf die Hofstatt mit dem Restaurant Specht erwähnt. Die EVP-Fraktion wird dem Antrag des GR folgen und der Annahme und Abschreibung zustimmen. Stadträtin Blaser Julia verweist an dieser Stelle auf den letzten Abschnitt in der Vorlage bezüglich Auswirkungen auf weitere Betroffene. In der direkten Umgebung eines Gastrobetriebes, der bereits genannten Hofstatt, wird ein praktisches Beispiel genannt. Da giesst eine Anwohnerin freiwillig die Pflanzen in den aufgestellten Hochbeeten, ein Ehepaar stellt gratis Kübelpflanzen zur Verfügung und lässt diese auf eigene Kosten überwintern und eine andere Person stellt neben dem Brunnen eine Kiste mit Spielzeugen für Kinder auf. Eine solche positive Eigeninitiative ist eindrücklich und grossartig.

Stadtrat von Allmen Jonas, namens der SVP- und EDU-Fraktion, teilt mit, dass der Coronavirus auch Burgdorf über längere Zeit im Griff hatte und in Ausnahmezustand versetzt hat. Die ständig ändernden Vorgaben des Bundesrates haben die Bevölkerung teilweise in grosse Verwirrung geführt und insbesondere in der Gastrobranche zu einer extremen Rechtsunsicherheit geführt. Ende März 2022 konnte man erfreulicherweise wieder in die normale Lage zurückkehren und die Corona Massnahmen wurden aufgehoben. Das heisst aber auch, dass man die Rechtssicherheit wiederherstellen muss. Die SVP- und EDU-Fraktion appelliert darum, dass wir uns wieder den Prinzipien der Klarheit, der Beständigkeit und der Voraussehbarkeit unserer Rechtsordnung orientieren. Es wäre falsch, jetzt einzelne Corona bedingte Ausnahmeregelungen heraus zu picken und zu verlängern, nur weil es Einzelnen zugute gekommen ist. Das unabhängig der Branche. Ein solches Vorgehen würde im Widerspruch stehen mit der Rückkehr zur langersehnten Normalität und widerspricht den rechtsstaatlichen Prinzipien. Man ist sich der schwierigen Lage der Gastrobetriebe während der Corona Krise durchaus bewusst. Das vorliegende Postulat bezieht sich aber auf den öffentlichen Grund und ist dementsprechend auch so zu behandeln. Den Gastrobetrieben stehen bereits heute die entsprechenden Gesuche bereit, um eine Bewilligung für eine grössere Aussenbewertungsfläche einzuholen. Zudem wird, wie bereits erwähnt, eine solche Verlängerung wie sie vorliegt, die Corona bedingten Ausnahmeregelung betreffend Aussenbewertungsfläche, nur einem kleinen Kreis zugutekommen. Von einer gerechten Unterstützung der Gastrobranche kann folglich nicht die Rede sein. Die rechtlichen Rahmenbedingungen sind Stand heute klar und eine Verlängerung der Corona bedingten Bewilligung für eine vergrösserte Aussenbewertungsfläche wird von der SVP- und EDU-Fraktion nicht unterstützt. Das Postulat ist abzuweisen.

Abstimmung

Annahme und Abschreibung

Beschluss

Der Stadtrat genehmigt mit 32 Ja und 7 Nein Stimmen den Antrag.

SRB: 2022-552 | Registratur-Nr. 1.10.1000.72

Dringliches überparteiliches Postulat der Grünen und SP betreffend einer Strategie für den raschen Ausstieg aus dem Erdgas als städtischem Energieträger

Verhandlung

Stadtratspräsidentin Liechti-Lanz Esther stellt die Eintretensfrage. Gemäss Stillschweigen ist das Eintreten unbestritten.

Stadtpräsident Berger Stefan teilt mit, dass der Auftrag zwei Anträge hat. Der Antrag zwei hat verschiedene Unterpositionen. Der Antrag 1 betrifft auch ein bisschen die Eigentümerstrategie. Die Stadt Burgdorf hat eine Klimavision und hat den Klimanotstand ausgerufen. Man ist jetzt daran, einzelne Massnahmen zu definieren. Eine Massnahme ist der Ersatz von Erdgas durch Biogas. Der GR hat die Position bereits besprochen und zwei Projekte angeschaut. Ein Projekt ist leider nicht zustande gekommen, um eine grössere Menge Biogas zu produzieren. Ein anderes Projekt ist zustande gekommen und steht in Kirchberg. Innerhalb der Verwaltung wird der Antrag so gestellt, wie man damit umgeht. Es müssen vertragliche Bestimmungen festgelegt werden mit der Localnet AG und diese mit dem Lieferanten von Biogas. Das Geschäft wird die Finanzdirektion betreuen, weil es über die Immobilien geht. Im Moment ist der Preisunterschied zwischen Biogas und normalem Erdgas schon bald im negativen Bereich, so wie vor zwei Jahren. Beim Antrag 2 geht es um die Eigentümerstrategie. Der Prozess ist in den Legislaturzielen festgehalten. Man will zusammen mit der Localnet AG eine neue Eigentümerstrategie festlegen. Die eingebrachten Anliegen werden zu den Diskussionen und zur Ausarbeitung zur Eigentümerstrategie mitgenommen. Im Moment läuft die Planung zur Eigentümerstrategie. Die erste Sitzung ist definiert mit einer Delegation der Localnet AG sowie des GR. Seitens des GR sind Gemeinderäte Bucher Theophil und Rappa Francesco sowie Stadtpräsident Berger Stefan und Stadtschreiber Ghioldi Stefan dabei. Seitens der Localnet AG sind Gnehm Urs, Direktor, sowie weitere Delegierte des Verwaltungsrates. Gemeinsam mit einer externen Moderation wird die Eigentümerstrategie definiert. Ziel ist es, dass sie bis Ende Jahr steht. Es ist ein sportliches Ziel. Corona bedingt konnte man im letzten Jahr nichts machen. Man ist guten Mutes, dass man es bis Ende Jahr schafft. Nachdem die Eigentümerstrategie im GR beschlossen wurde, wird der SR darüber informiert. Die Punkte a bis e im Antrag 2 werden ebenfalls diskutiert. Der GR beantragt, das Postulat zu überweisen.

Stadträtin Karrer-Siegenthaler Karin, namens der SP-Fraktion, dankt dem GR, dass er das Anliegen in den laufenden Prozess zur Eigentümerstrategie mitnimmt. Es ist ein weiterer wichtiger Schritt zur Umsetzung der Klimastrategie. Man ist überzeugt, dass genau jetzt der richtige Zeitpunkt ist, das Thema anzugehen und die Umsetzung in Angriff zu nehmen. Die SP-Fraktion hofft, dass es der SR auch so sieht.

Stadtrat Merz Adrian, namens der Grünen-Fraktion, teilt mit, dass Gas ein fossiler Energieträger ist, auf den man angesichts der Entwicklung in der Welt über kurz oder lang verzichten muss. Das ist ein vernünftiger Schritt. Im SR hat man schon ausführlich und teilweise auch hitzig darüber diskutiert, ob der SR einer Aktiengesellschaft in das operative Geschäft schwätzen darf. Diese Diskussion soll bitte heute vermieden werden. Der Vorstoss zielt ganz klar auf die Eigentümerstrategie und nicht auf das operative Geschäft. Der SR wurde belehrt, dass das Wort Parlament vom lateinischen Wort *parlare* kommt. Man hofft, dass es dem SR auch zwischendurch möglich ist zuzuhören und jetzt nicht eine Diskussion anzureissen, die hier nichts verloren hat. Es geht um die Eigentümerstrategie und der SR,

als Vertreter der Bevölkerung von Burgdorf, hat sehr wohl das Recht, dem GR, der die Eigentümerstrategie schlussendlich festlegt, seine Anliegen in dieser Form zu übergeben. Selbstverständlich macht der GR die Eigentümerstrategie und diskutiert diese mit der Localnet AG. Wie es dann operativ aussieht, dazu hat der SR nicht allzu viel zu sagen. Der SR wird gebeten, sich in der Diskussion auf das zu beschränken, worum es geht.

Stadtrat Aebi Roger, namens der Mitte-Fraktion, teilt mit, dass man die Antwort des GR zum Strategieausstieg aus dem Erdgas insgesamt vernünftig findet. Zahlreiche Inhalte und Vorgaben aus der Klimavision wurden in der Legislaturplanung aufgenommen. Unter anderem wurde auch der wichtige städtische Energierichtplan aktualisiert. Es wird anschliessend die Aufgabe sein, die Inhalte der Klimavision und des Energierichtplanes in die Eigentümerstrategie der Localnet AG einfließen zu lassen. Wie gehört, sollte das bis Ende Jahr erfolgen. Das ist sicher ein anspruchsvolles Ziel. Im Aufgabenbereich der Localnet AG ist es dann, diese Massnahmen für einen kundenverträglichen Ausstieg aus dem Erdgas zu definieren. Die unter Punkt 2 aufgeführten Punkte im Postulat sind aus Sicht der Mitte-Fraktion problematisch und nicht realistisch. Das Einreichen von den Klimafolgekosten ist nicht durchführbar und einseitig ausgerichtet. Die Frage stellt sich auch, wie die Klimafolgekosten von Gas überhaupt berechnet werden sollen. Es ist auch nicht nachvollziehbar, dass Gas in Burgdorf belastet werden soll. Öl, Benzin und andere Produkte wie Spargeln aus Südamerika nicht, obwohl sie das Klima belasten. Ein Aufnahmestopp für neue Kunden ist eine klare Bevormundung durch die Politik. Das Energiegesetz im Kanton Bern ist vor kurzem genau wegen solchen Verboten abgelehnt worden. Das neue Energiegesetz, das Ende Oktober 2022 in Kraft tritt, verzichtet ausdrücklich auf solche Verbote. Allerdings sind dort jetzt Vorschriften enthalten, die ein Einfaches wechseln der fossilen Heizungen massiv einschränken. Deshalb ist es eigentlich nicht begründbar, wieso Burgdorf noch schärfere Massnahmen einführen soll. Für die Terminierung zur Stilllegung des Gasnetzes in Wohnquartieren ist es eindeutig zu früh. Verpflichtungen für Gaslieferungen gegenüber der Kundschaft in Burgdorf und den umliegenden Gemeinden müssen eingehalten werden. Es kann nicht sein, dass die Stadt Burgdorf die Gasbezüger zwingt eine noch funktionstüchtige Anlage vor Ende der Lebensdauer ausser Betrieb zu nehmen und sogar abzuschreiben. In der Altstadt kann zum Beispiel nicht jeder eine Wärmepumpe installieren oder für gewisse Industrien ist Gas unerlässlich. Man hat trotzdem das Gefühl, dass mit dem Punkt 2 die Politik gleichwohl versucht auf das Operative der Localnet AG Einfluss zu nehmen. Das Festlegen der Instrumente zu einem raschen und verträglichen Ausstieg von Erdgas erachtet man klar als Aufgabe der Localnet AG. Die Stadt Burgdorf kann entsprechende Inputs geben, aber bestimmen wie es genau umgesetzt wird, entscheidet die Localnet AG. Die Localnet AG kennt den Markt und die Kunden, hat die Kompetenzen und weiss was Ersatzenergien sind. Ein schneller Ausstieg von Gas wird heute durch Fachkräftemangel, Lieferengpässen und stark steigende Baukosten verzögert. Es ist zu hoffen, dass der Ausstieg nach unserem Zeitplan durchgeführt werden kann und nicht durch einen russischen Gas Stopp verursacht wird. Die Mitte-Fraktion wird dem Punkt 1 zustimmen und den Punkt 2 ablehnen.

Stadtrat Maier Elias, namens der FDP-Fraktion, teilt mit, dass man sich eingehend mit dem dringlichen Postulat zum raschen Erdgasausstieg befasst hat. Auch die FDP-Fraktion unterstützt die Bestrebungen für den Ausstieg aus der fossilen Energie und die Umsetzung der Pariser Klimaziele. Man will auch unabhängig vom russischen Gas werden. Jedoch sieht man das Postulat sehr skeptisch. Die Forderungen greifen relativ tief in das operative Geschäft der Localnet AG. Einmal mehr geht es in Richtung Bevormundung. In der Eigentümerstrategie sind strategische Überlegungen anzustellen und nicht operative Eingriffe des Parlaments. Man hat weiterhin Vertrauen in die Localnet AG, sowohl in den Verwaltungsrat wie auch die Geschäftsleitung, aber auch in den GR, der die Eigentümerstrategie festlegt. Den notwendigen politischen Schritt unternimmt der GR, damit die klimapolitischen Ziele auch erreicht werden können. Ein schnellstmöglicher Termin wie er im Auftrag definiert wurde, ist

sehr gummig formuliert. Der schnellstmögliche Termin ist aus Sicht der Auftragstellenden wohl bereits morgen. Die FDP-Fraktion will realistische Taten, statt Wort und Papiertiger. Der GR wird deshalb aufgefordert, mit der Localnet AG vorwärts zu machen und zügig die Realisierung von weiteren Co2 neutralen Wärmeverbünde in den Burgdorfer Quartieren einzusetzen, was sowieso im kommunalen Energierichtplan festgehalten ist. Beispielsweise braucht es auch den Anschluss im Altstadtquartier, wo heute noch sehr fossil geheizt wird. Man ist sich einig, dass das lokale Holz für unsere Wälder besser ist für die Wertschöpfung und für die Umwelt als Gas aus Russland. Betreffend dem raschen Ausstieg wendet man sich an Gemeinderat Bucher Theophil. Bereits im letzten Jahr hat der SR dem GR vorgeworfen, mit der Annahme des Auftrages zur langfristigen Co2 Reduktion der Localnet AG den raschen Gasausstieg zu planen. Gemeinderat Bucher Theophil hat damals gesagt, dass es nicht Wunsch des GR ist, denn schliesslich plant die Localnet AG eine Biogasanlage in Kirchberg. Es ist erfreulich, dass dieses Projekt bald realisiert werden kann. Ebenfalls wurde darauf hingewiesen, dass es eine grosse Herausforderung ist, das Energiesystem innerhalb von 10 Jahren umzubauen. Das ist wohl so, denn bei Wärmeverbänden ist man zu Spitzenzeiten auf Gasalternativen angewiesen. Das ist auch bei umweltmässig vorbildlichen Ländern wie Schweden und Dänemark der Fall. Luftwärmepumpen können häufig aufgrund von Lärm als Alternative gar nicht realisiert werden wie zum Beispiel in der Altstadt. Es gibt lange Wartelisten und es könnte sogar in einem grösseren Ausmass das Energieknappheitsproblem weiter verschärfen. Die FDP-Fraktion will etwas für die Umwelt tun und wegschauen ist sicher keine Lösung. Die FDP-Fraktion wird den Punkt 1 des Postulates unterstützen und den Punkt 2 dezidiert ablehnen. Es ist aber wichtig, dass der GR nachhaltige und zahlbare Alternativen aufzeigt, den möglichen Einsatz von Biogas aufzeigt, synthetisch produziertes Gas produziert oder aufzeigt wie die Wärmeverbünde schnell realisiert werden können.

Stadtrat Gerber Thomas, namens der SVP-Fraktion, teilt mit, dass man den Voten entnehmen konnte, dass der Antrag 1 und 2 nicht ganz das Gleiche ist. Beim Antrag 1 kann man gar nicht Nein sagen. Zum Antrag 2 erfolgen keine weiteren Bemerkungen. Die SVP-Fraktion stellt den Antrag, über die Anträge 1 und 2 separat abzustimmen.

Antrag SVP-Fraktion
Antrag 1 und 2 separat abstimmen

Stadtrat Schärf Philipp, namens der GLP-Fraktion, teilt mit, dass Erdgas schon länger unter dem Gesichtspunkt der Klimaherausforderungen und Energiepolitik kontrovers diskutiert wird. Momentan hat man einen neuen Hauptdarsteller auf der Bühne, die Geopolitik mit ihren geographischen Abhängigkeiten. Diese soll uns aber nicht die Sicht der hauptsächlichen Herausforderungen versperren. Der Effekt von klimaschädlichem Gas wie Co2 auf unsere einzige Lebensgrundlage Erde muss minimiert werden. Ohne das Erdgas verteufeln zu wollen, es wird von den Versorgern in der Schweiz und dem entsprechenden Verband doch sehr oft grüner dargestellt als die Wissenschaft faktisch darlegen würde. Es ist ein politischer Konsens, dass unsere Gesellschaft in Zukunft Richtung netto Null gehen will und muss. Die Localnet AG ist zudem eine Firma, die ihre Verpflichtungen bezüglich der Umwelt und intakter Lebensgrundlage für zukünftige Generationen, effektiv wahrnimmt. Das konnte Stadtrat Schärf Philipp in diversen Projekten in den vergangenen Jahren mit der Localnet AG erleben. Deshalb passt es dazu, sich gerade jetzt Gedanken zu machen und eine Strategie darzulegen, wie der Ausstieg aus dem Erdgasgeschäft in den nächsten Jahrzehnten möglich werden soll. Die Anträge 1 und 2 im Postulat hat die GLP-Fraktion kontrovers diskutiert. Beim Antrag 1 wird durch den GR die Erarbeitung einer Strategie zum Ausstieg gefordert. Für die GLP-Fraktion ist dieser Antrag unbestritten. Der Antrag 2 ist schwieriger zu beurteilen, weil schnellstmöglich doch sehr dehnbar ist. Man interpretiert das allerdings so, wie es da steht. Das kann im Jahr 2030 sein, aber auch im Jahr 2035 oder 2040, falls es technisch nicht früher möglich ist oder andere unüberwindbare Hindernisse auftreten. Verbietet

wird aber der Wille, den Ausstieg wirklich umzusetzen. Dafür ist die Eigentümerstrategie das richtige Mittel zwischen der Stadt Burgdorf, dem GR und der Localnet AG. Eine verstärkte Absichtserklärung so zu sagen. Das Wording Ausstieg aus dem Erdgasgeschäft bedeutet Erdgas weg und andere Wärmeerzeugungsformen daher. Das kann möglicherweise auch teilweise eine Substitution durch zum Beispiel synthetischen Kraftstoff sein, falls es sich ökonomisch und ökologisch rechnet. Ökonomisch und ökologisch noch mehr Sinn machen wohl aber eher Wärmepumpen im Einfamilien- und Mehrfamilienbereich, wo auch die Localnet AG von höheren Stromverkäufen profitieren kann, oder auch Wärmeverbunde. Von neuen Geschäftsmodelle, die entstehen können, ganz zu schweigen. Biogas hingegen ist in den Augen der GLP-Fraktion nicht die beste Alternative, denn diese rechnet sich ökologisch nicht wirklich und ist auch nicht in genug grosser Quantität vorhanden. Den Erdgasausstieg prüfen und planen bedeutet nicht, dass man Morgen die Rohre aus dem Boden reisst, sondern man verabschiedet sich vom Gedanken, dass der Status quo noch drei Jahrzehnte weiterbehalten werden kann. Man stellt sich so auf, dass unser Geschäftsmodell im Wärmebereich den eigenen Wertvorstellungen entspricht. Die Ziffern a bis e sind Überlegungen zum Prüfen. Auch das in den Augen der GLP-Fraktion die richtige Flughöhe. Die Klimawirksamkeit von natürlichem Erdgas wird sich auch in 20 Jahren zu heute nicht verändern, deshalb gibt es keinen Grund den Entscheid zum Ausstieg irgendwo in Zukunft zu verlegen und jetzt sagen, wir schauen mal wie es sich weiterentwickelt. Schlussendlich haben wir alle die gleichen zwei Ziele. Die Umweltauswirkungen der Wärmeproduktion maximal minimieren und geografische Unabhängigkeit maximal zu maximieren. Die GLP-Fraktion stimmt dem Vorstoss zu und folgt dem Antrag des GR zu beiden Punkten.

Stadtrat Jenni Josef Timoteo, namens der EVP-Fraktion, dankt der SP und den Grünen für die interessante Diskussion über die Eigentümerstrategie der Localnet AG. Die Frage, ob man Einfluss nehmen darf oder nicht. Wir haben schon viel Papier produziert, wie bei der Klimastrategie oder -vision 2030, Energiestadt oder 2000 Watt Gesellschaft. Visionen haben wir genügend und die Ideen sind festgeschrieben. Als einziger Aktionär der Localnet AG erachtet man es als selbstverständlich, dass man die Umsetzung der Strategie fordern kann. Technisch gesehen ist interessant, dass sehr oft Biogas genannt wird. Grundsätzlich ist die EVP-Fraktion nicht gegen Biogas, aber Biogas wird das Problem nicht lösen. Es ist fakt, dass zu wenig Biogas vorhanden ist. Es gibt eine Studie dazu "Power-to-Gas" und die zeigt, dass Biogas nicht in einer vernünftigen Quantität verfügbar ist oder man würde die Stromüberproduktion vervierfachen, dann hätte man überall Solarzellen. Das wird aber nicht passieren. Das heisst, wir müssen früher oder später unseren Gaskonsum reduzieren. Reduzieren heisst, er wird dort reduziert, wo er nicht sinnvoll ist. Nicht sinnvoll bedeutet, bei Niedertemperaturheizsystemen sind andere Techniken viel effizienter, weil man Gas abfackelt für irgendwie 35 Grad Vorlauftemperatur zu erhalten. Für Hochtemperaturanwendungen haben wir durchaus genug Gas mit dem Biogas. Dort ist es für die Industrie zu schaffen, aber für die Einfamilienhäuser sieht man schwarz. Wenn jetzt jemand sein Einfamilienhaus an das Gasnetz anschliesst, reisst man die Heizung wieder raus und zwar vor Ablauf der Lebensdauer. Dass die Localnet AG dies noch mit Fr. 500.-- fördert, ist unverständlich. Früher hat es in Burgdorf noch Artikel gegeben zum Thema visionäre Stadt mit Solarenergie. Jetzt gibt es Artikel zum Thema und Burgdorf wird erwähnt, dass sie die einzige Stadt ist, die Gasheizungen subventioniert. So viel zum Thema man ist auf gutem Weg. Es gibt noch viel zu tun. Der Verzicht auf die Rückbaukosten für Liegenschaftsbesitzer ist interessant. Wenn der Öltank herausgerissen wird, muss man es auch selber finanzieren. Die Terminierung zur Stilllegung des Gasnetzes wird sowieso passieren. Zu den Quartieren nicht, aber zu den einzelnen Häuser schon, weil es keine Chance und Zukunft hat. Es ist ein Klumpenrisiko, wenn man auf das verlorene Pferd setzt. Die EVP-Fraktion schliesst sich dem Antrag an.

Stadtratspräsidentin Liechti-Lanz Esther informiert über das Abstimmungsprozedere. Es wird zweimal abgestimmt. Die erste Abstimmung betrifft die Splitting über die Anträge 1 und 2.

Stadtrat Käsermann Fabian möchte wissen, ob beim Antrag 2 die Punkte a bis e auch dazu gehören.

Stadtratspräsidentin Liechti-Lanz Esther teilt mit, dass die Punkte a bis e zum Antrag 2 gehören.

Abstimmung

Anträge 1 und 2 zusammen abstimmen: 20 Stimmen

Anträge 1 und 2 getrennt abstimmen: 17 Stimmen

Enthaltungen: 2 Stimmen

Abstimmung

Annahme Postulat

Beschluss

Der Stadtrat stimmt mit 24 Ja und 15 Nein Stimmen dem Antrag zu.

SRB: 2022-553 | Registratur-Nr. 1.10.1000.73

Dringliche Interpellation SVP-EDU-Fraktion betreffend Humanitäre Hilfe Ukraine Konflikt

Verhandlung

Stadtrat Dür Hermann, namens der SVP- und EDU-Fraktion, informiert über den Grund der Interpellation. Mit Erschütterung hat man vom Krieg in der Ukraine Kenntnis genommen, was nach Hilfe gerufen hat. Man hat mit grosser Sorge festgestellt, wie plötzlich ehemalige Pazifisten Schweizer Waffen in das Kriegsgebiet liefern möchten, wie Kriegsrhetorik naive Eskalationsverharmlosung und ein ganz brandgefährlicher Bellizismus, also Kriegsverherrlichung, um sich greift. Man glaubt aber, dass die Schweiz als Staat, die vielleicht das Recht hat, aber als Kleinstaat leider sicher nicht macht, einzig durch eine starke Neutralitätspolitik die Chance hat, selber nicht in den Krieg gezogen zu werden. Neutralität heisst aber trotzdem auch psychisches Leiden. Alle Bürger haben eine Gesinnung und einen Tatendrang. Dem widerspricht das stille sitzen und kann ein belastendes schlechtes Gewissen hervorrufen. Daher hat eine glaubwürdige Neutralitätspolitik zu Kompensation vom stillen Sitzen, auch immer zusätzlich zwei aktive Komponenten, nämlich die guten Dienste sowie die humanitäre Hilfe. Für gute Dienste auf internationaler Ebene ist eine Gemeinde natürlich zu klein. Humanitäre Hilfe kann eine Gemeinde leisten. Daher wollte man wissen, ob und wie Burgdorf im humanitären Bereich als unabdingbarer Bestandteil der Neutralitätspolitik, konkret aktiv ist und welcher rechtliche Spielraum überhaupt besteht. Der GR hat die Fragen dazu beantwortet. Die SVP- und EDU-Fraktion erklärt die Interpellation als befriedigt beantwortet und dankt dem GR für die Antworten.

Beschluss

Die Interpellanten erklären sich von der gemeinderätlichen Stellungnahme befriedigt.

SRB: 2022-554 | Registratur-Nr. 1.10.1000.73

Interpellation GLP-Fraktion betreffend «Burgdorfer Entsorgungsstrategie in Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft»

Verhandlung

Stadtrat Thompson Ian, namens der GLP-Fraktion, teilt mit, dass man erfreut und teilweise befriedigt ist über das durchaus positive Feedback zur Interpellation betreffend Burgdorfer Entsorgungsstrategie in Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft. Es ist erfreulich, dass zusammen mit B.move angeschaut wird, da eine Redimensionierung unerlässlich sein wird, wenn B.move an diesem wertvollen Standort zustande kommt. Es ist auch verständlich, dass die Abfallentsorgung unter der Aufsicht der Stadt Burgdorf steht. Es ist auch erfreulich, dass die Zusammenarbeit mit dem Oekihof durch die Konzession auch richtig geregelt ist. Es ist weniger klar, was die Ergebnisse der Zusammenarbeit zwischen der Stadt Burgdorf und dem Oekihof sind. Es gibt keine adäquate Kennzahlenanalyse für den Standort im Geschäftsbericht 2020 auf der Seite 172. Ebenso wenig Informationen über die Entwicklung der Zusammenarbeit mit der Papiersortierweg und der Kompogas AG in Utzenstorf. Unabhängig von B.move würde man sich freuen über eine transparente Analyse von der Baudirektion über die Entsorgungsstrategie für die Hauptsammelstelle inklusive Oekihof und anderer Partner soweit als möglich sowie für die verschiedenen Nebensammelstellen in Burgdorf. In diesem Zusammenhang wäre eine Befragung der Bevölkerung angebracht schon bevor Entscheidungen in Sachen B.move getroffen werden.

Beschluss

Die Interpellanten erklären sich von der gemeinderätlichen Stellungnahme teilweise befriedigt.

SRB: 2022-555 | Registratur-Nr. 1.10.1000.10

Verschiedenes und Unvorhergesehenes

Verhandlung

Es werden folgende parlamentarische Vorstösse und Aufträge eingereicht:

- Auftrag SVP-EDU-Fraktion betreffend Outdoor-Fitnesspark Burgdorf
- Auftrag EVP-Fraktion betreffend Reduktion der Abhängigkeit von nicht erneuerbarem Gas im Fernwärmenetz
- Überparteilicher Auftrag der SVP/EDU, Die Mitte, SP, FDP, EVP Fraktionen und Ian Thompson (GLP) betreffend „Sportkonzept der Stadt Burgdorf“
- Dringliche Motion Elias Maier (FDP), Yves Aeschbacher (SP), Gabriela Bannwart (SP), Mirjam Kalbermatten (SVP), Adrian Merz (Grüne), Sabrina Rohrbach (SVP), Philipp Schärf (GLP), Jonas von Allmen (SVP) betreffend Solätte Freinacht 2022-2023 (Das Stadtratsbüro stimmte der Dringlichkeit zu.)
- Dringliche Interpellation Mitte-Fraktion betreffend „Stellenvermittlung für ukrainische Flüchtende“ (Das Stadtratsbüro stimmte der Dringlichkeit zu.)

Stadtrat Greisler Yves, namens der Mitte-Fraktion, informiert über die gemeinsame Erklärung der bürgerlichen Fraktionen. Die Umsetzung der Verkehrssanierung Burgdorf - Oberburg - Hasle hat eine weitere Hürde genommen. Der Regierungsrat hat den Verpflichtungskredit für das Projekt Emmentalwärts von 314 Mio. Franken genehmigt und zuhanden des Grossrats verabschiedet. Der Grossrat wird an der kommenden Juni-Session 2022 darüber entscheiden. Die Mitte-Fraktion sowie die SVP-, EDU- und FDP-Fraktionen erwarten von Stadtpräsident Berger Stefan, dass er wie die anderen 38 Gemeinden des Emmentals Farbe bekennt und sich im Grossrat zu 100 Prozent hinter das Projekt stellt.

Stadtratspräsidentin Liechti-Lanz Esther teilt mit, dass der SR zwei Einladungen erhalten hat. Erstens die Einladung zur ordentlichen Generalversammlung der Markhalle Burgdorf AG und zweitens von der Uni Bern zum Thema digitale Transformation im Franz-Gertsch-Museum. Die nächste Stadtratssitzung findet am 20. Juni 2022 statt. Die Vorsitzende wünscht allen eine gute Zeit und teilt mit, dass im Hotel Stadthaus für den Schlummertrunk reserviert ist.

Burgdorf, 3. Juni 2022

Namens des Stadtrates



Esther Liechti-Lanz
Stadtratspräsidentin



Brigitte Henzi
Protokollführerin